

Rede zum Haushalt 2011 – Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid
am 22.11.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im ursprünglichen Entwurf des Kämmerers gibt es einige Positionen, die die Fraktion DIE LINKE mitträgt und ausdrücklich unterstützt.

Ihnen Herr Blasweiler und ihrem Team für einen in Zügen gerechteren Haushaltsentwurf als 2010: Vielen Dank.

Die Fraktion DIE LINKE wird dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 in der jetzt vorliegenden Form aber nicht zustimmen und somit mit NEIN stimmen, da falsche politische Entscheidungen gefallen sind.

In Zeiten einer enormen Verschuldung der Stadt Lüdenscheid, aber auch der konjunkturellen Erholung unserer Wirtschaft hätten wir von einem zustimmungsfähigen Haushalt erwartet:

- dass er Wert auf soziale Ausgewogenheit bei den notwendigen Sparmaßnahmen legt,
- dass er die Einnahmeseite verbessert,
- dass er die städtischen Töchter im Rahmen derer Gewinnausweisungen zu regelmäßigen Abführungen heranzieht und
- dass er bei zusätzlichen Belastungen der Bürger Gerechtigkeit zwischen Gering- und Besserverdienenden walten lässt.

Dass, was uns nun im Entwurf vorliegt, spiegelt die von uns aufgeführten Erwartungen in keiner Weise wieder, im Gegenteil:

Bei den freiwilligen Leistungen soll mittelfristig um bis zu 20% gekürzt werden. Da dies auf Grund von vertraglichen Bindungen teilweise gar nicht möglich ist (hier sind sogar Steigerungen zu verzeichnen) müssen Vereine und Verbände weitaus mehr einsparen um die angedachten Kürzungen von 20% zu erreichen.

Hier entsteht sozialer Kahlschlag, der Einrichtungen und Institutionen in Existenznöte bringt und unsere Stadt unattraktiv macht.

Die Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen sollen angehoben werden.

Dies wird in erster Linie einkommensschwächere Eltern hart treffen, die an sich schon jeden Cent zweimal umdrehen müssen.

Gerecht und sozial ausgewogen wäre es gewesen, die Staffelung der Einkommensgrenzen nach oben weiter zu führen, um hier finanzielle Spielräume für einkommensschwache Eltern zu haben.

Gleiches gilt unserer Meinung nach auch für die Musikschule.

Hier fehlt es dem Rat offenbar an Mut, neue Wege zu gehen.

Seit langem fordert die Fraktion DIE LINKE eine Erhöhung der Gewerbesteuer zumindest auf Landesniveau. Sie hätte sich schon im Haushalt 2010 realisieren lassen und hätte schon früher zu Mehreinnahmen geführt. Im Haushaltsentwurf 2011 hatte der Kämmerer eine solche Maßnahme geplant.

Die letzte Hauptausschusssitzung hat aber die Erhöhung der Gewerbesteuer insgesamt wieder gekippt anstatt über eine weitergehende Erhöhung zu beraten.

Hier setzt sich auf kommunaler Ebene fort, was auch auf Bundesebene zu konstatieren ist:

Der absolute Kniefall der Politik vor der Lobbyarbeit und vor den Interessen der Industrie - zu Lasten insbesondere sozialer und kultureller Aspekte einer lebenswerten Gesellschaft!

Ich empfinde es als Skandal, dass wir in unserem Land lieber „Armenküchen“ finanzieren als sozial gerechte Politik für Menschen zu machen, die ein Grundrecht auf eine würdige Versorgung haben.

Wir haben kein Ausgabeproblem, meine Damen und Herren, wir haben ein Einnahmeproblem. Wenn wir auf die Gewinnabführung der Sparkasse verzichten und uns lieber Spenden der Sparkasse anschauen, werden die Möglichkeiten des Rates der Stadt Lüdenscheid immer geringer. Auf diesem Weg entzieht sich der Rat der Stadt Lüdenscheid selbst die demokratische Entscheidung über der Stadt zustehende Gelder. Über die Verwendung entscheidet jetzt eine einzelne Institution.

Ich möchte den Bogen vom Haushalt zum Bürgerhaushalt und den damit verbundenen Vorschlägen schlagen: nach unserem Kenntnisstand soll auch für 2012 ein Meinungsbild der Bürger erstellt werden. Wir haben die Erwartung, dass es bei den Vorbesprechungen und Erläuterungen auch darum gehen muss, dass Bürger Vorschläge machen können, die die Einnahmeseite der Stadt Lüdenscheid verbessern. Dies kam bei den für 2011 gemachten Vorschlägen viel zu kurz.

Zum Schluss meiner Rede noch ein paar Worte zum Stellenplan für 2011 . Wir sind der festen Überzeugung, dass das Einsparpotenzial beim Stellenplan der Stadt Lüdenscheid längst ausgereizt ist. Weitere Belastungen für die Beschäftigten der Stadt Lüdenscheid und ihrer Töchter sind unzumutbar. Weitere Kürzungen werden der Leistungserbringung der Stadt für die Bürgerinnen und Bürger erheblichen Schaden zufügen. Insofern lehnen wir auch die Wiederbesetzungssperre bei freiwerdenden Stellen ab. Es muss

genau anders herum laufen. Frei werdende Stellen sind grundsätzlich zügig wieder zu besetzen und nur in absoluten Ausnahmefällen darf eine längere Vakanz entstehen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Forderungen der Interessenvertretung bei der Stadt Lüdenscheid und halten sie für mehr als berechtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer dann Personalratsmitglieder von nicht öffentlichen Sitzungen des Werksausschusses STL ausschließt (obwohl die Teilnahme gängige Praxis ist) sollte unserer Ansicht nach, sein Demokratieverständnis überprüfen.

Desweiteren sind wir der Überzeugung, dass die Stadt Lüdenscheid auf Grund ihrer Vorbildfunktion auch über Bedarf ausbilden sollte, zumal gut ausgebildete Fachkräfte der Stadt auch Beschäftigung in der Industrie finden können. Deshalb fordert DIE LINKE eine 10%ige Ausbildungsquote für Kommunen und deren Eigenbetriebe.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass dieser Haushaltsplanentwurf leider die Handschrift von Mutlosigkeit und sozialer Schieflage trägt. Dem werden wir nicht zustimmen und können nur an Sie appellieren, sich unserem Votum anzuschließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.